

Merseburger Tageblatt

(Kreisblatt)

Unparteiische

Bezugspreis in der Stadt für Abholer montl. 5 M. durch
Weien bezogen montl. 5.50 M. durch answär-
tliche Boten montl. 5.75 M.; bei Postbest. montl. 6 M. frei
Haus. Erscheint höchstentschiedlich nachmittags. Einzelnummer 30 S.
Postfach-Posto Leipzig 16 654. Geschäftliche Kälterstraße 4.
Für unerbetene Anzeigen wird keine Gewähr geleistet.

Anzeigenpreis Der tägliche Abdruck 30 Pfg. und
der wöchentlichen Abdruck 1.80 M. für 14 Tage. Die
die laufende Monatsrechnung wird vom Verleger auf fremde
Anzeigen in Zahlung annehmen. Abdruckgebühr 50 Pfg. Porto
besonders. Norm. Anzeigenbl. 11 Uhr vorm. Fernspr. 100.
Erfüllungsort Merseburg. Belegnummer wird berechnet.

Zeitung für Stadt u. Kreis Merseburg mit Amtlichen Anzeigen der Merseburger Kreisverwaltung und anderer Behörden

Nr. 113.

Wittwoch, den 18. Mai 1921

161. Jahrgang.

Tageschronik

Korfanty gibt seine Niederlage zu und schlägt zum Rückzug.
Die Rede Lloyd Georges über Oberschlesien wird in England
allgemein gebilligt.

Die ersten Folgen des Londoner Ultimatums machen sich in
der Entwaffnungs- und Reparationsfrage bemerkbar.

England, Italien und Japan sind für die Aufhebung der Londoner
Sanktionen, Frankreich (und Belgien?) dagegen.

Die Reichsregierung bereitet ein neues Steuer- und Finanz-
programm vor.

Korfanty gibt nach.

Korfanty hat an die interalliierte Kommission in Dypeln
folgendes Telegramm gerichtet:

„Oberschlesien hat sich zwölf Tage lang im Aufstande be-
funden. Das polnische Volk hat niemals den Anspruch er-
hoben, durch Gewalt zu triumphieren; aber es hat sein Leben
für seine heiligsten Rechte hingewagt. Der Ausschuss gibt an,
dass in der Leidenschaft des Aufstandes

die Grenzen der Klugheit überschritten

worden sind; aber unsere berechtigten Streikkräfte sind unweigerlich
bereits, einen Rückzug anzutreten, groß genug, um zu
versichern, daß die Selbstbestimmtheit mit den Deutschen sofort auf-
gehört, vorausgesetzt, daß das Gebiet, das sie räumen, von
militärischen Truppen und nicht von deutschen Truppen
besetzt wird. Wir werden keinen Fuß Boden an die Deutschen
überlassen; aber wir werden ihn der interalliierten Kommissi-
on lassen. Wir bitten demgemäß, daß die genannte Zone
von den Alliierten besetzt werde, so daß die polnische Bevölke-
rung nicht unter Verhaftungsmaßnahmen zu leiden hat, wie
sie bereits vorgenommen sind.“

Korfanty soll auch einen Aufruf an die Insurgenten zur
Demobilisierung und Wiedereingliederung der Weimarer
in ihre Funktionen erlassen haben. Andere Meinungen da-
gegen besagen, die Polen hätten gestern Abend bei Kren-
burg mit starken Kräften angegriffen. Die Deutschen
mittelweit in Weußen wüch und mit ihr das Hindernis.
Es gibt weder in Weußen noch in Kattowitz Fleisch,
Eier und Milch. — Der englische Rekonstruktions-
kommission wurde Winkelein von den Insurgenten ver-
schleppt. Durch die Kommissi er sich jedoch retten und liegt
jetzt in einer Klinik in Kattowitz.

Ein neues Mandat für Korfantys.

Das Rückzugstelegramm Korfantys betrachten die Berliner
Blätter als das Eingangsdatum, das Korfanty sein Unter-
nehmen als gescheitert aufweist. Gleichzeitig erheben
aber die Wärier in dem Telegramm ein Mandat des Insur-
gentenführers, um auf einem Umwege zu Verhandlungen über
die Freisetzung einer Demarkationslinie zu gelangen,
und erwarten von der interalliierten Kommission, daß sie den
Wünschlängen Korfantys klare und entscheidende Forderungen
gegenüberstellt.

Die Gründe für den Rückzug Korfantys.

Mangel an Nahrungsmitteln und Geld.

Die Verpflegungswirtschaftlichen Nebenbei
den polnischen Insurgenten größeren Umfang an. Desgleichen
ist der Mangel an Nahrungsmitteln im Westen.
Die Kattowitz polnischen „Herzfelder“ betreffen die Insur-
genten damit, daß sie die Kampftage als verlorene
Sicheren beabsichtigt bekommen sollen. Natürlich werden die
industriellen Werte des Schienen nicht bezahlen. Die Insur-
genten werden also um ihr Geld kommen. Eine immer größer
werdende Anzahl von ihnen sieht das ein, und es ist deshalb
erklärlich, daß die Zahl der Desertoren wächst. Die
Rente lebten einfach ihr Gewehr an den nächsten Baum und
verlassen ihre Posten.

Es wird von Wichtigkeit sein, diese Tatsachen im Auge zu
behalten, da die F. R. vor allem die Franzosen, den Mühen
für sich in Anspruch nehmen werden, den Zustand nieder-
zuschlagen zu haben.

Polnisches Bankrot.

Die polnischen Insurgenten haben bei der Besetzung des dem
Herzog von Kattowitz abgetretenen Schloßes in Banden in scham-
loser Weise gequälert. Dem Herzog ist das Automobil und
der Schmuck der Herzogin und der von Gasse dort weilenden
Fürstin von Dettlingen geraubt worden. Ebenso wurde sämt-
liches Silber, die Möbel und Schuhe des Erbprinzen sowie
alle vorhandenen Geldbestände geraubt und Verste von den

Zur Erfüllung des Ultimatums.

Entwaffnungsrisen bis zum 30. Juni
und 15. Juli.

Eine Note der interalliierten Militärkommission enthält
die Ausführungsbedingungen betreffend die Entwaff-
nung zur Londoner Note vom 5. Mai. Die für die Ab-
lieferung des Materials, Auflösung der Selbstschut-
organisationen und Herabsetzung der Polizeikräfte
festgesetzten Fristen erstrecken sich bis zum 30. Juni
bzw. 15. Juli. Die Kommission besteht darauf, der grünen
Polizei den Charakter einer mobilen militärischen
Streikkraft zu nehmen. Eine Note der Vorkommissi-
ontrastkommission in wiederholt die bestimmten Forderungen
des Pariser Ultimatums vom 29. 1. 1921 auf dem Gebiet der
Luftfahrt, zu deren Erfüllung sich Deutschland in einer An-
twortnote bereit erklärt.

In Ziffer 5 des Ultimatums hat sich die deutsche Regierung
verpflichtet, innerhalb von 25 Tagen eine Milliarde
Goldmark in Gold oder anerkannten Devisen oder in
deutschen Schatzanweisungen mit dreimonatiger Laufzeit zu
bezahlen.

In Ausführung dieser Verpflichtung hat die deutsche Re-
gierung der Reparationskommission zunächst eine sofortige
Zahlung von 150 Millionen Goldmark als Anzahlung
Reparationskommission die Empfangsstelle benannt hat, werden
die 150 Millionen Goldmark überwiesen werden. Vor Ab-
lauf der 25-tägigen Frist, also Ende Mai, wird der Re-
parationskommission eine weitere Zahlung in bar, der Rest
in deutschen Schatzanweisungen geleistet werden.

Die erste Milliarde.

Die Vorbereitungen hierzu, die in verhältnis-
mäßig kurzer Zeit getroffen worden waren, haben, trotz-
dem sie an sich ein günstiges Ergebnis gezeigt
haben, schon jetzt erkennen lassen, daß die finanziellen
Opfer, die das deutsche Reich bringen muß,
weit über die Leistungsfähigkeit Deutschlands
hinausgehen.

Die erste Zahlung wird bereits den Schuldenfonds des
Reiches betragt belaufen, daß für drei Jahre kaum eine
Möglichkeit besteht, diese Rinde, die in dem Finanzbestand des
Reiches eingerissen ist, auszufüllen. Die Schwere der
Reparationen wird schon dadurch gekennzeichnet, daß die
Zunahme der Zahlungen eine weitere Ver-
mehrung des Umlaufs von Reichsschuldscheinen in
kürzester Zeit in beträchtlicher Höhe notwendig machen
werden.

Insurgenten als Beute weggeführt. Auf diese Weise kämpfen
die Polen für ihre „polnischen Rechte“.

In späte Erkenntnis.

Einer Savasmedung aus Dypeln zufolge ist die Lage
sehr schwer. Die interalliierte Kommission stellt fest, daß
sie nur die Verhinderung herbeiführen könnte, wenn die Insur-
genten Truppen und betrieblische Kräfte würden. Der
„Tempo“ erklärt, daß in Oberschlesien nur geringe Kräfte
eintreten können, wenn England Truppen entsen-
den würde. Wegen einer interalliierten Konferenz wendet sich
der „Tempo“ in energischer Weise.

Der Oberste Rat wird nächste Woche wahrscheinlich in
Paris wieder zusammenzutreten. Die Vorkommissi-
ontrastkommission werden einstimmig die Prüfung der Ent-
sendung der alliierten Verstärkungen nach Oberschlesien.

Italien verlangt von Polen Entschädigung.

Graf Storza hat festgestellt, nachdem er von den Verlusten der
italienischen Truppen Kenntnis erhalten hat, General de Mar-
tinis beauftragt, Entschädigungen zu fordern. Die interalliierte
Kommission in Dypeln sollte die Entschädigungssumme auf
fünfzig Millionen festsetzen. Die Vorkommissi-
ontrastkommission werden einstimmig die Prüfung der Ent-
sendung der alliierten Verstärkungen nach Oberschlesien.
General Nomet hat dieses Angebot abgelehnt.

Das englische Kabinett und die Mehrheit des Volkes hinter Lloyd George.

Das ganze englische Kabinett hat die Erklärung Lloyd
Georges über die ober-schlesische Frage abgelehnt. Das ist
besonders wichtig für das Verhältnis zwischen Lloyd George
und Cecil. Dieser ist bekanntlich der Vorläufer des Ge-

Die unentwegte D. K. P. D.

Uns liegt das Zentratorgan der D. K. P. D., „Die rote
Fahne“ vom Morgen des 13. d. M. vor. Die Regierung,
Staatsanwalt, Bürgerarm und Arbeiterchaft ist es wichtig,
gerade aus diesem Blatte etwas Näheres zu erfahren. Dort
werden nämlich die „Leitfäden zur Taktik der kommunistischen
Internationalen während der Revolution“ behandelt. Nach
Ansicht Moskaus befindet sich die Revolution in einem Ueber-
gangsstadium, in dem die Taktik der kommunistischen Inter-
nationale auf die Ausnutzung des chronischen, kapitalistischen
Zerfalls und auf die fruchtbarsten politischen Kriegen eingestrichelt
werden soll.

Danach ist das taktische Ziel der D. K. P. D., die durch den
verlorenen Krieg und unsere staatliche Ohnmacht hervor-
gerufene Wirtschaftskrisis zum Schaden unseres deutschen
Vaterlandes durch Sabotagemassnahmen usw. möglichst zu ver-
tiefen und damit die Arbeitslosigkeit und das Elend unter den
Vollsgenossen im Reich dauernd zu vergrößern. Hunger und
Not sollen zu kommunistischen Bundesgenossen in der Zeit von
Deutschlands schwerstem Krisenstadium herbeigeführt werden, wie
schon dem Deutschen mit den Waffen nicht niederringen konnten,
zu der heftigsten und längsten Hungerkämpfe gegen unsere Feinde
und Kinder griffen. Hunger und Not sollen unsere Arbeiter
erzittern, bis sie Moskaus revolutionärer Maßnahmen ge-
genüber das Verstehen geben, wodurch die Möglichkeit für eine
früheren revolutionärer Arbeiterführungen“ ge-
schaffen wird.

Das es nicht bei „Möglichkeiten“ sein Weibchen haben soll,
geht klar aus Ziffer 10 der Leitfäden hervor in der das „tati-
stische Kampfgesetz für die Revolution“, der Uebertragung auf
der Deutsche in die „Offensive“ und „das ständige Vordringen-
Erhalten der Aktivität der Arbeiterchaft“ verhandelt wird.

„Generalausland, Revolutionen, einzelne Gewerkschaften, Alles
soll von der D. K. P. D. gefördert werden, ja es soll in jedem
Falle die Durchführung übernehmen und alle Maßnahmen zur
Durchführung der streifen Kampfbüchlein ergreifen.“

Diese Ausführungen besagen von der Zukunft genug. Unter
den Augen des Staats veröffentlichen heute eine Arbeiter-
gruppe Leitfäden, die den Hochverrat zum Programm erheben.
Es ist weit mit uns gekommen! Aber vielleicht ist noch nicht
Alles verloren. Mögen die Kommunisten dem Teufel gleichen,
der stets das Böse will und doch das Gute schafft.“ Die
Offenheit der Kommunisten möge den staatsrechtlichen Ele-
menten die Kraft zur Verwirklichung dieser Verurteilungen geben.

Wir in der Provinz Sachsen, die noch an den Folgen des
mit unangenehmen Mitteln ausgeführten Niederwerfung des
Märtaufstandes zu tragen haben, verlangen von unserer Re-
gierung, daß sie an maßgebender Stelle sofort ein strenges Ver-
gehen gegen die planmäßigen programmatischen Hochverräter
fordern. Nicht, wie im März, soll der Brunnen zugedeckt wer-
den, nachdem das hineingefallene Kind ertrunken herbeigeführt
worden war.

Die kommunistischen Leitfäden räumen ein für alle Mal mit
den Phantasien über Reichspolizei und die notwendigen Ge-
nehmigungen der Arbeiterchaft auf, hier wird der Kampf
zum taktischen Ziel des tätigen Kommunismus offen erklärt
und damit haben der Staat und seine Erhalter die Pflicht, sich
nicht nur zur Wehr zu stellen, sondern die Initiative zur
Umschuldung der Vollwärtigen zu ergreifen. Dabei wird die
„Märtaufstand der D. K. P. D.“ in den Leitfäden lediglich
als „erster Versuch“ dargestellt, „aus eigener Kraft aktiv in
den Gang der Revolution einzutreten, um sie zu beschleunigen
und dadurch die Forderung der Massen zu gewinnen.“ Man
kann davon empfinden, was wir früher zu erwarten haben, wenn
diesen Leitfäden über Hochverrätern nicht endlich und end-
gültig ihr Handwerk gelegt wird.

Dies aber ist unbedingte Pflicht der Regierung, unsonst,
als die Dreifaltigkeit der Kommunisten den letzten Rest des
Staatsautorität anderenfalls zu vernichten droht.

bankens; mit Deutschland zusammenzugehen, um im Osten
Grenzen zur Ordnung zu kommen.

Der Arbeiterführer Sanderfon erklärte, die Rede Lloyd
Georges gebe die Meinung der Mehrheit des englischen
Volkes wieder.

„Westminster Gazette“ schreibt, der erste und wichtigste
Schritt für eine Regelung der schlesischen Frage auf der Grund-
lage des Versailler Vertrags sei, Korfanty und seine
Scharen los zu werden. „Poll Wall and Globe“ schreibt
die Alliierten werden weder Polen erlauben, einfach in deut-
sches Gebiet einzudringen, noch Deutschland das Recht der
Selbstverteidigung in einem solchen Falle abzubrechen.

Begegnung zu erwarten, die in das Gebiet eines Nachbarn eindringen, um sich in die Angelegenheiten zu verwickeln. Das ist nicht, was die Franzosen in dieser Frage mit England einer Ansicht sind, denn ein Kompromiß gebe es darin nicht.

Die „Mitterhandlung“ sind behoben.

Die Mitterhandlung zwischen Irland und Nord-Georgien wird nun großen Schritts gemacht. In dauernder Verbindung wird an einem Uebereinkommen zur Lösung der oberirdischen Frage gearbeitet. Irland erklärte, Frankreich werde keine neuen Truppen nach Oberirland entsenden. Irland wird Donnerstag in der französischen Kammer eine hochbedeutende Erklärung abgeben.

Ein Schiedsgericht über Oberirland?

Ein inspirierter Artikel des „Daily Telegraph“ spricht wieder die Idee aus, die technische Entscheidung in der oberirdischen Frage einem Schiedsgericht anzuvertrauen, bestehend etwa aus Männern wie Root (Amerika), Romanos (Spanien) und Nansen (Schweden), wobei Voraussetzung wäre eine feierliche Verpflichtung der Mächten, die Durchführung der Entscheidung dieses Schiedsgerichts auf jeden Fall zu erwidern.

Fortdauer oder Aufhebung der Sanktionen?

Das unersättliche Frankreich.

Monsieur Georges erklärte, die englische Regierung nehme ebenso wie die italienische und japanische den Kurs in der Frage des Fortbestandes der Londoner Sanktionen einem dem französischen unmittelbar entgegen gesetzten Standpunkt ein. Die belagerte Regierung habe sich noch nicht entschieden.

Amerika auf Seiten Englands.

Der amerikanische Kommissar für die Rheinlande Wood erklärte in einer Rede in der Prince-Lion-Universität, Frankreich sei entschlossen, in das Ruhrgebiet einzudringen. Die einzige Lösung der Rheinfrage sei die Herstellung eines durchgehenden Verkehrs zwischen diesen französischen Provinzen zu unterstützen.

Antwort auf die deutsche Beschwerde-Note?

Die deutsche Regierung hat bekanntlich in einer besonderen Note darüber Beschwerde geführt, daß von den Franzosen im besetzten Gebiet Privat-Automobile requiriert worden sind. Wahrscheinlich als Antwort auf die Beschwerde sind Donnerstag und Freitag die in Duisburg beschlagnahmten Autos von den Franzosen abtransportiert worden.

Wer laßt da?

Nach dem „L.-M.“ wurde das von der Stadt Trier beantragte Verbot von den Besatzungsbehörden verboten, weil auf den Schienen das Schillerische Wort zitiert ist: „Als Vaterland, ans ferne, schließ dich an, das hat sie mit Deinem ganzen Herzen.“

Der Kohlenüberfluß Frankreichs.

Bei den in Saarbrücken abgeschlossenen Lohnverhandlungen erklärten die Vertreter der Arbeiter, daß sie den Versand von Kohle nach England nicht stillstellen, da sie aber durch den Streik neue Absatzgebiete gewonnen hätte, und daß die Veranbarung, falls dieses Absatzgebiet nicht gewonnen werden wäre, im Monat Mai nur 17 Schichten verfahren könnten.

Kandidaten für die noch unbefetzten Ministerposten.

Die Frage der Kabinetsvergrößerung beschäftigt noch immer die maßgebenden Kreise. Der Reichskanzler hat Verhandlungen mit dem Direktor Dr. Wolfel der Friedrich-Strupp & Co. eingeleitet, um ihn für den Posten des Vizepräsidenten zu gewinnen. Doch ist es noch zweifelhaft, ob die Besetzung der Dr. Wolfel dem entgegensteht, zu überwinden sein werden. Als Kandidaten werden in parlamentarischen Kreisen weiter noch immer der gegenwärtige Gesandte in Wien, Dr. Rosenberger und der deutsche Vizekonsul beim Kaiserhof in Venedig, Dr. Schönerer, genannt. Die sehr schwierige Frage der Besetzung des Finanzministeriums wird noch einige Zeit zur Lösung bedürfen.

Besprechungen über ein neues Finanzprogramm Ein Rudermotiv des Reiches?

Am Reichsfinanzministerium werden demnächst Besprechungen über das neue Steuer- und Finanzprogramm der Regierung stattfinden, bei denen besonders die Frage angesprochen wird, inwieweit die Institutionen des Reiches eine weitere Vereinfachung vertragen können. Außerdem wird der Plan eines Rudermotivs des Reiches einer gründlichen Erörterung unterzogen werden. Es sind zur Zeit noch einige weitere Finanzprojekte und Reichsmonopole in Erwägung gezogen, von denen aber erst Mitteilung gemacht werden soll, wenn die dazu notwendigen Entwürfe fertiggestellt sind.

Die deutsche Volkspartei und das Kabinett Wirth.

Die Besart, nach der Dr. Stresemann der eigentliche Träger der auf Annahme des Ultimatus gerichteten Stimmung innerhalb der Reichstagsfraktion der Volkspartei gewesen sein soll, war zwar auch im Reichstag selbst nach bei dessen Auseinandergehen allgemein verbreitet, ist aber nicht selbstjägerlich und unerschrocken. Die dem Führer der Volkspartei zugehörigen Kreise sind nämlich in Wahrheit von Dr. Stresemann abgewandt, denn er hat die moralische Verantwortung für das Ultimatum überlassen. Die Frage des Ultimatus überlassen bleiben muß. Die Partei betrachtet im übrigen, entgegen den Wünschen der Dissidenten am Nordost, ihr Verhältnis zu dem Kabinett des Dr. Wirth als ein solches dicker Opposition. Sollte es aus irgend welchen Gründen der Wiederzusammentritt des Reichstages notwendig werden, aber doch dem Reichspräsidenten die Reichsregierung zu verhandeln, so würde das Ausscheiden der Wirth aus dem Kabinett erste Voraussetzung für jeden Erfolg solcher Verhandlungen sein. Eine solche nicht weniger unerwartete Voraussetzung würde das Ausscheiden einer Reichsregierung mit der Ernennung einer neuen Regierung bedeuten, die Annahme des Ultimatus an sich bereits vollzogene Verhandlungen sein.

Wirth und Koch.

Bei der Bildung der neuen Reichsregierung hat es einigermassen Erstaunen wachgerufen, daß der bisherige Minister des Innern, der Demokrat Koch, durch den Mehrheitslogikanten Dr. Graubner ersetzt worden ist. Dieser Wechsel ist darauf zurückzuführen, daß Herr Koch sich durch seine Amtsführung allgemein bei seinen Anhängern im Reich und bei den Wählern der Einzelstaaten unbeliebt gemacht hat. Der Hauptgrund für das Ausscheiden Kochs aber bestand in der Spannung, die schon seit geraumer Zeit zwischen ihm und dem bisherigen Reichsfinanzminister, dem letzten Reichskanzler Dr. Wirth, vorhanden war. Ramentlich die Erbvertragsverträge des Dr. Graf, mit denen Wirth einverstanden war, zu bereiten, hatte diesen zu einem scharfen Gegner des bisherigen Ministers des Innern gemacht. Wirth hat, als er die Bildung der neuen Regierung übernahm, rühmlich erklärt, daß auf dem Winken des Ministers des Innern ein Wechsel stattfinden müsse.

Die neue Krise in der Demokratischen Partei.

In der Demokratischen Partei ist neuerdings wegen der Meinungsverschiedenheiten in der Rheinfrage eine so ernste Spannung hervorgerufen worden, daß mit einem weiteren Zerfall der Partei gerechnet werden muß. Die Konflikte haben sich besonders auf Sächsischen Land bezogen, so daß sich die Parteileitung der Demokraten genötigt sieht, für die nächste Zeit eine neue Parteikonferenz zusammenzubringen, in der eine Einigung herbeigeführt werden soll. Man rechnet immerhin mit der Tatsache, daß weitere Schritte der Demokraten mit der Deutschen Volkspartei abzuwarten sind.

Schönerer „Kampf mit dem Drachen“.

Oberpräsident Schönerer als Regierungs-Kommissar für die Provinz Sachsen hat eine Verordnung erlassen, wonach der Druck, die Herausgabe und Verbreitung von neuen Zeitungen, Zeitschriften und sonstigen periodischen Druckschriften ohne seine vorherige Genehmigung verboten sind.

Aus Stadt und Umgebung Hausrauskehrer.

Mitbesatz für Kinder bis zu 14 Jahren und Personen über 60 Jahre. Ausgabezeit: Mittwochs 10 Uhr, Gottfriedstraße. Vorher Aufsteigen im Rathaus 1 Trepp, Zimmer 12/13 abholen.

Ausgabe von Kondensmilch in allen Milchverkaufsstellen und Geschäften an jederwem marktfrei. Angezuckerte die Milch zu 8 M., gezuckerte die Milch zu 10,50 M.

I. Reichstagna deutscher Kaufmannsjüngere.

* An Pfingsten verkommen sich in Leipzig 5000 Vertreter der deutschen Kaufmannsjüngere zu einer Tagung, zu der die Vauenabteilung des Deutschen Internationalen Handelsvereins eingeladen waren. Die deutsche Kaufmannsjüngere hat hierbei ihren Willen kund, sich durch Selbstverwaltung zu freistehenden tätigen Vereinen zu entwickeln und mit allen Kräften an der Bestimmung des deutschen Wirtschaftslebens und an der Gestaltung der deutschen Wirtschaft zu wirken.

Die neue Zeit

fordert eine Umstellung vieler Anschauungen und Gewohnheiten. Auch in der Politik muß man heute stattdessen von erteilender und zurechtweisender Seite orientiert sein. Es gilt abzugeben, zu verschieben, zu derücken, weil ein verändertes, anderes Phänomen vorzuliegen und sich feststellen nicht länger zu verschließen. Wer die Zeit versteht, bestelle daraus Morsberger Tageblatt und empfehle es auch seinen Freunden und Bekannten.

Am Anfang an die Tagung fanden verschiedene gemeinsame Wanderfahrten statt.

Abschied des Landeshauswirts v. Wilmowski von den Beamten der Provinzialverwaltung.

* Der bisherige Landeshauswirt der Provinz Sachsen, Freiherr v. Wilmowski, der nun in den wohlverdienten Ruhestand tritt, nahm gestern Mittag von den Beamten der Provinzialverwaltung Abschied. Der Landeshauswirt kürzer seinen Abschied mit 19 Jahren die gewaltige Aufnahme der Dienstverhältnisse während und nach dem Kriege, und betonte besonders, daß ihm die Bewältigung der vielfachen Aufgaben der Provinzialverwaltung nur durch die Anteilnahme, den Fleiß und besonders die Mithilfe der gesamten Provinzialbeamten ermöglicht worden sei. Dafür dankte er den Beamten besonders und mußte daran die Bitte, ihm ein freundliches Gedenken an das gewaltige Ausmaß der Verantwortlichkeit dankte. Gest. Abt. Dr. Ritzsch hat das herzlich bewiesene Wohlwollen, erbatte der großen Verehrung des Herrn Landeshauswirts und wünschte ihm einen langen und angenehmen Lebensabend. Freiherr v. Wilmowski wird nochmals in bewussten Worten auf die kommenden Aufgaben der Provinz hin und bei den Beamten, in der bisher bewiesenen Mithilfe auch unter dem neuen Landeshauswirts am 20. Juni der Provinzialverwaltung zu wirken. Mit einem herzlichen Abschiedswort und dem Wunsch des Wiedersehens bei den nächsten Zusammenkünften des Provinziallandtages dem Freiherr v. Wilmowski als Abschied angedeutet, schied die eindrucksvolle Abschiedsrede.

Das Abbrechen von Willensänderungen an Straßen und Häusern

Die Zeit und in der kommenden Zeit wieder mit ihrem Glauben und Müssen die Sänen und Herzen des Menschen zu freuen, ist die jeder unaußersichtbare stoffliche Anwesenheit vieler Feiner und großer Menschen. Was ist, weil wir in den allermeisten Fällen die Willensänderung, die in Straßen und Häusern hinter sich hat, als ein Verbrechen ansehen. So wurden während des Weltkrieges vieler von einzelnen ungenügenden Leuten von den Sänen und Straßen unserer Anlagen gerissen. Es ist hier angedeutet, darauf hinzuwirken, daß diese straffällig ist. Denn das Feld- und Feldpolizei-Gesetz steht in den §§ 18, 21 und 30 hierfür. Strafe bis zu 150 M. oder bei erkrankenden Umständen kann nach § 204 des Reichsstrafgesetzbuches sogar Gefängnis bis zu drei Jahren oder Geldstrafe bis zu 1500 M. erkannt werden. Neben der Gefängnisstrafe kann auch Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte verhängt werden. Die ungenügenden Leute hatten aber mit dem Abbrechen noch nicht genug, sie trieben auch sonst großen Unfug; so wurde auch das Gebäude der Domänen von ihnen herausgerissen.

Erdlicher Unfallfall.

* Am Sonnabend, den 14. Mai, nachmittags um 12.40 Uhr, wurde auf der Fernbahnstraße Nummer-92/93 am Rastplatz an der Söhrliche Mauer Richard Schäfer-Salle, Landbesitzer, 50. dadurch tödlich vertriebt, daß er mit einer Holzplatte in der Hand verlor, auf den ersten Anhängen, wozu das vollbesten, in Fahrt nach Halle befindlichen Wagens aufsprangen. Er ist dabei an Falle gekommen und vor den dritten Anhängen verlor, durch dessen Bahnräume er ein kurzes Stück mitgeschleift und zur Seite abgedrückt wurde. Die Verletzungen an Kopf und Leib waren so schwer, daß der Verunglückte kurz nach der Einfahrt in das Krankenhaus „Beranaustraße“ verstarb. Dem Führer des Straßenbahnwagens kann eine Schuld an dem Unfall nicht beigemessen werden.

Kaffe Einfuhr von Tsee.

* Durch eine in den nächsten Tagen zur Veröffentlichung gelangende Bekanntmachung wird die Einfuhr von rohem Kaffee sowie Tsee freigegeben. Von dem Tage des Antrags an besteht die Einfuhr von Kaffee in der Form von Kaffeebohnen für sich nicht verboten. Das Einfuhrverbot für nicht rohen Kaffee (A. B. abgeräumt, geröstet, etc.) aus demselben Kaffee, für Kaffeezubereitungen (wie) bleibt nach wie vor bestehen. Einfuhrverboten dürfen ebenfalls für diese Waren nicht erteilt werden.

Die finanzielle Not der ehemaligen Offiziere.

* In Dresden ist unter der Leitung des Generalstabschefen a. D. haben eine Veranlassung für die Vertretung von Grundbesitzern und im Hinblick daran ein Verkaufsbüro mittelmaßig für die Mitglieder des Deutschen Offiziersbundes und der ihm nachgehenden Kreise geschaffen worden. Der Zweck dieser Institution ist, die finanzielle Notlage der ehemaligen Offiziere, die sich auf eine etwa beachtliche Zahl von Jahren und jährlich erheblichen Summen (Pensionsleistungen) beziehen, wie a. B. auf den Verlust alter Gehälter, alten Vorzinsen, bunter Kupferrente und antiken Silbergeschmucks, Weiterer Zweck der Stelle ist Säuberung der Lebensverhältnisse durch Einholung einer einwandfreien fachmännischen Schätzung, endlich Unterstützung beim Verkauf solcher, wobei die entsprechenden Verträge durch die Veranlassung übernommen werden. Der Verkauf von modernem Schmuck und verarbeitetem Gold- und Silbergerät. Diese Institution beweist mehr als alles andere die erwidrende Not, die im ehemaligen Offiziersstande herrscht und die noch immer möglichst beseitigt werden muß. Sehr weiter Unterstützung würde die Kräfte, die in dieser Institution liegt, nur abzuwenden.

Deutscher Bauernrat 1921 in Rendsburg.

* Die Vorbereitungen für diese die gesamte deutsche Landwirtschaft interessierende Veranstaltung gehen ihren Enden entgegen. In der großen Versammlung am Sonntag, den 2. Juni, werden neben Herr Baron v. Berlepsch in Bonn, Vorsitzender der Vereinigung der deutschen Bauernvereine, Hofbesitzer Stamerlohmann-Gieseler, Geh. Landesökonomierat Dr. Heim, Landrat Eitelher Rendsburg, Staatsrat Kom. Nelson-Rendsburg und Hdr. Dr. Grotz-Wilmersdorf. Neben den Veranstaltungen der Vereinigung der deutschen Bauernvereine sind die landwirtschaftlichen Kreise der Provinz Schlesien, die landwirtschaftlichen Kreise der Provinz Pommern, die landwirtschaftlichen Kreise der Provinz Ostpreußen, die landwirtschaftlichen Kreise der Provinz Westpreußen, die landwirtschaftlichen Kreise der Provinz Brandenburg, die landwirtschaftlichen Kreise der Provinz Sachsen, die landwirtschaftlichen Kreise der Provinz Hannover, die landwirtschaftlichen Kreise der Provinz Mecklenburg, die landwirtschaftlichen Kreise der Provinz Schlesien, im Hinblick an die Tagung findet eine Besichtigungsfahrt durch die verschiedenen Anstalten und Wirtschaftsbetriebe Schlesien-Schlesien statt.

10. Verbandstag der Volkswirtschaften in Düsseldorf.

* Wie wir bereits mitteilen, fand dieser Tag in Düsseldorf der Verbandstag der Volkswirtschaften statt. Neben dem ersten Verbandstag haben wir schon berichtet. Der zweite Verbandstag haben wir durch die Besichtigung der arbeitenden Gassen eingeleitet. Den Höhepunkt der Tagung bildete das Meeting der ersten Vorlesungen des Verbandes, Präsidenten R. S. H. in der Wirth über Volkswirtschaft und Volkswirtschaftsreform, das eine sehr interessante Veranstaltung war. In diesem Zusammenhang sind die landwirtschaftlichen Kreise der Provinz Pommern, die landwirtschaftlichen Kreise der Provinz Ostpreußen, die landwirtschaftlichen Kreise der Provinz Westpreußen, die landwirtschaftlichen Kreise der Provinz Brandenburg, die landwirtschaftlichen Kreise der Provinz Sachsen, die landwirtschaftlichen Kreise der Provinz Hannover, die landwirtschaftlichen Kreise der Provinz Mecklenburg, die landwirtschaftlichen Kreise der Provinz Schlesien, im Hinblick an die Tagung findet eine Besichtigungsfahrt durch die verschiedenen Anstalten und Wirtschaftsbetriebe Schlesien-Schlesien statt.

